

# Schweiz

## Nachrichten

Urheberrecht

### Das Acta-Abkommen wird vorerst nicht unterschrieben

Der Bundesrat will mit der Unterzeichnung des Acta-Abkommens gegen Fälschungen und Internetpiraterie warten, bis «genügend Entscheidungselemente» vorliegen. Auch die Aussenpolitische Kommission hatte Zweifel am Abkommen geäussert und den Bundesrat aufgefordert, auf einen Entscheid des Europäischen Gerichtshofs zu warten. Kritisiert wird, dass das Abkommen ausserhalb politischer Gremien ausgehandelt wurde. Für die FDP ist unklar, ob die USA damit anderen Ländern ihre eigenen Gesetze aufzwingen können. (SDA)

Schwyz

### Dick Marty beleuchtet die Justizaffäre

Der ehemalige Tessiner FDP-Ständerat Dick Marty ist mit der Untersuchung der Schwyzer Justizaffäre betraut worden. Das Vorgehen des Kantonsgerichtspräsidenten Martin Ziegler wertete er als schwerwiegend und nicht tolerierbar. Ein von Ziegler eingesetzter ausserordentlicher Staatsanwalt, mit dem er befreundet ist, hatte Telefon- und E-Mail-Verkehr von Mitgliedern der Staatsanwaltschaft kontrollieren lassen. Beim Regierungsrat bemängelt Marty, dass dieser zu lange zugeschaut habe. Die Staatsanwaltschaft kommt gut weg. (SDA)

Medien

### Kleine Betriebe müssen keine Empfangsgebühr zahlen

Der Entwurf des neuen Radio- und Fernsehgesetzes sieht vor, dass künftig jeder eine Abgabe zahlen muss, auch jene, die keinen Fernseher und kein Radio besitzen. Ausgenommen sind lediglich Kleinbetriebe mit einem Jahresumsatz von weniger als 500 000 Franken. Damit ging der Bundesrat auf eine Forderung des Parlaments ein. (SDA)

Abtreibungen

### Finanzielle Gründe sollen nicht entscheiden

Der Bundesrat empfiehlt die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Er will, dass auch künftig moralische, religiöse oder soziale Gründe beim Entscheid für oder wider eine Abtreibung im Vordergrund stehen – und keine finanziellen. (SDA)

Raser

### Bundesrat: Via sicura statt Volksinitiative

Der Bundesrat empfiehlt auch die Raserinitiative zur Ablehnung. Das Begehren der Strassenopfer-Organisation Roadcross verlangt, dass Raser durch Führerausweiszug und härtere Strafen diszipliniert werden. Die Forderungen seien durch das Massnahmenpaket Via sicura und die laufende Strafgesetzzrevision erfüllt, so der Bundesrat. (SDA)

Anzeige



**«Darüber will ich doch nicht abstimmen müssen: Bundesbeschluss über die Genehmigung des revidierten internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen und die Änderung des Sortenschutzgesetzes und des Patentgesetzes.»**

Sibylle Wasserfallen, Werbelleiterin, Zürich

Die AUNS-Initiative führt zu Leerläufen.

**NEIN**  
am 17. Juni

www.auns-initiative-nein.ch

Komitee «NEIN zur schädlichen AUNS-Initiative» PF 5835, 3001 Bern

# Genferin will einen Sitz in Paris

Franzosen in der Schweiz und in Liechtenstein können erstmals einen Vertreter ins französische Parlament wählen. Die FDP-Politikerin Marie-Françoise de Tassigny ist eine der Kandidatinnen.

Von Philippe Reichen, Lausanne

Ihren Wahlkampf hat die Doppelbürgerin Marie-Françoise de Tassigny vor Wochen lanciert. Immerhin gehts um den Einzug in eines der ältesten modernen Parlamente Europas: Sie strebt einen Sitz in der Nationalversammlung in Paris an. Dem französischen Unterhaus gehören auch Landsleute an, die nicht in Frankreich leben. Dieses Jahr können die Schweiz und Liechtenstein erstmals eine Vertretung wählen. Aber Marie-Françoise de Tassigny merkt, dass es nicht ganz einfach ist, im Ausland eine Kampagne für den Einzug ins französische Parlament zu führen. Hier Wahlplakate aufzuhängen, ergibt keinen Sinn. Eine Podiumsdiskussion, wie sie am kommenden Montag in Lausanne stattfinden wird, bleibt die Ausnahme. Und auch die Medienpräsenz ist alles andere als garantiert. Wie dringt man mit seinen Botschaften also bis zu den Wählerinnen und Wählern vor?

Die 65-jährige Genferin setzt konsequent auf den Einsatz Neuer Medien. Sie bewirbt sich auf eine eigene Website, betreibt einen Blog, kontaktiert ihre Landsfrauen und -männer mit E-Mails, vor allem aber zählt sie auf ihr Netzwerk in der Romandie, wo 80 Prozent der Wähler leben. Als langjährige Kantonsrätin und Ratspräsidentin ist Marie-Françoise de Tassigny bekannt. Sie kämpfte dafür, dass der Kanton Genf eine Mutterschaftsversicherung bekam, lange bevor dieses Projekt in der Schweiz mehrheitsfähig war. Während 20 Jahren leitete sie die Institutionen für Kinder im Vorschulalter der Stadt Genf, sass im Universitätsrat und präsidierte die Wirtschaftskommission des Kantonsrats. Die früh verwitwete Mutter vor vier Kindern sagt: «Als Freisinnige setze ich mich für die Wirtschaft ein, aber vernachlässige das Soziale deswegen nicht.»

### Zwei verschiedene Welten

«Mein Manifest für das Zusammenleben» heisst das Programm von Marie-Françoise de Tassigny, mit dem sie sich für die Assemblée Nationale bewirbt. Für FDP-Kantonsrat Francis Walpen kein Zufall. Er beschreibt seine Parteikollegin als gute Zuhörerin, die sich keine Konzepte zurechtlegen, um mit ihnen auf andere Leute einzudreschen.

Sie unterbreitet konkrete Vorschläge, wie die Schweiz und Frankreich ihre Zusammenarbeit verbessern können – und sollen. «Als Region an der Grenze zu Frankreich sind wir auf gut funktionie-



Platz für 577 Abgeordnete: Die Nationalversammlung in Paris, das Unterhaus des französischen Parlaments. Foto: Reuters



### Marie-Françoise de Tassigny

Die 65-Jährige sass von 1995 bis 2007 für die FDP im Genfer Kantonsrat. 2005 präsidierte sie diesen.

rende Beziehungen angewiesen», sagt sie. Da bleibe viel zu tun, denn die Länder seien grundverschieden: hier die föderalistische Schweiz, da das zentralistische Frankreich. Die Verständigung ist nicht immer einfach. Die Tochter einer Französin und eines Schweizer und Ehefrau eines Franzosen lebt in beiden Welten. Seit 2006 wirkt sie zudem als Beraterin der Französinen und Franzosen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein, die sie in der Vereinigung der Auslandsfranzosen vertritt.

Marie-Françoise de Tassigny wollte für sich und ihre Kampagne frühzeitig entscheiden, welchen Präsidentschaftskandidaten sie unterstützt, und entschied sich für Amtsinhaber Nicolas Sarkozy. Heute sagt sie: «Es war keine Herzensangelegenheit, es war ein Kopfscheid.» Sie sagt es nicht offen, aber im Entscheid für Sarkozy steckte viel strategisches Kalkül. Es war absehbar, dass über 50 Prozent der in der Schweiz lebenden Franzosen auch im zweiten Wahlgang für ihn stimmen würden. Mit ihrem Bekenntnis zur rechten Mitte hofft de Tassigny nun, sich die Gunst des eigenen Elektors gesichert zu haben.

Dass Sarkozy sich am Ende den Wählern des Front National an die Brust warf, ist bei der 65-Jährigen schlecht angekommen: «Es wurden keine fundamentalen Fragen gestellt, die Realität um die Staatsfinanzen nicht thematisiert.» Sollte sie die nächsten fünf Jahre in Paris verbringen, stellt sie sich das ein wenig anders vor.

### Elf Kandidaturen

Am Freitag ist Anmeldeschluss

Rund 157 000 Franzosen in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein (131 000 in der Romandie, 26 000 in der Deutschschweiz) wählen am 3. und 17. Juni zum ersten Mal ihren Repräsentanten in der Assemblée Nationale (Nationalversammlung). Die Franzosen in anderen Teilen Europas, Nord- und Südamerika, Afrika, Asien und Ozeanien werden dasselbe tun. Zu diesem Recht verhalf ihnen der scheidende Präsident Nicolas Sarkozy mit einer Verfassungsänderung. Bis morgen müssen sich die Kandidierenden eingeschrieben haben. Nebst Marie-Françoise de Tassigny haben das bis jetzt Claudine Schmid (UMP), Nicole Castioni (SP), Ximena Kaiser Morris (Grüne), Magali Orsini (KP), Christiane Floquet (FN), Laila Barki (Linksliberale), Pierre-Jean Duvivier (unabhängig), Didier Salavert (unabhängig), Micheline Spoerri (unabhängig) und Serge Cyril Vinet (unabhängig) getan. (phr)

# Kaninchen sollen nicht mehr in Einzelhaltung leben

Tierschützer kritisieren die Einzelhaltung von Kaninchen. SP-Nationalrätin Chantal Galladé will das Tierschutzgesetz ändern. Es formiert sich Widerstand.

Von Stefan Häne

Armin Wyss zeigt sich besorgt: «Wenn wir unsere Tiere nicht mehr einzeln halten dürfen, ist das der Tod der Rassenkaninchenzucht», sagt der Präsident des Verbands Rassekaninchen Schweiz. Dessen Mitglieder züchten Hauskaninchen, 300 000 bis 400 000 sind es, wie Wyss schätzt; davon werden rund 100 000 an einer der jährlich 250 Ausstellungen im Land nach ihrer Schönheit bewertet.

Ausgelöst hat die Unruhe unter den Züchtern Chantal Galladé. Die SP-Nationalrätin will die Einzelhaltung von Hauskaninchen verbieten: «Diese Haltung ist nicht artgerecht.» Die Stiftung für das Tier im Recht (TIR) schätzt, dass 90 Prozent der Rassezuchtkaninchen alleine im Käfig hausen müssen. Mögliche Folgen: Apathie, Aggressionen, Selbstverstümmelung, gestörtes Säugetverhalten. TIR-Geschäftsleiter Gieri Bolliger spricht von einem «Skandal».

Züchter Wyss widerspricht: «Wir tun alles, um den Tieren ein optimales Leben zu ermöglichen.» Die Stallungen seien durch Gitter abgetrennt, so könnten die Tiere ihre Partner sehen und riechen. Die Gruppenhaltung taxieren die Züchter als «fast nicht machbar». Die

männlichen Tiere, die Rammler, fügen sich gegenseitig «schlimmste Verletzungen» zu, im Extremfall würden sie sich töten. Die Rammler zu kastrieren, kommt für Wyss auch nicht infrage. Dies sei ein unnatürlicher Eingriff, verhindern nicht in jedem Fall Aggressivität, und es gebe keinen Nachwuchs mehr.

Um ihren Standpunkt zu belegen, bemühen Tierschützer und Züchter das Bundesamt für Veterinärwesen (Bvet). Sprecherin Regula Kennel sagt, die Gruppenhaltung sei zwar wünschenswert, weil das Sozialverhalten der Tiere ausgeprägt sei. «Die Umsetzung ist aber schwierig». In diesem Sinn äussert sich auch Felix Naef. Der Landwirt führt in Beinwil AG den grössten Kaninchenmastrieb der Schweiz – 300 Muttertiere, 7000 Masttiere. «Mir ist es gelungen, in der Zucht eine Gruppenhaltung zu entwickeln», sagt er. In diesem System seien acht Mutterkaninchen und ein Rammler in einer grosszügigen Box mit Rückzugsmöglichkeiten für die Tiere. Verletzungen gebe es zwar immer noch, «allerdings selten und wenig schwer».

### Wann ist ein Kaninchen schön?

Den Züchtern rät Naef, die Kriterien zur Auswahl sogenannt schöner Kaninchen zu überdenken. Eine kleine Verletzung etwa am Ohr müsse kein Grund sein, ein Tier zum Schlachten abzugeben. Die Gruppenhaltung verlangt gemäss Bvet von den Tierhaltern viel Wissen über die Biologie und das Verhalten der Tiere, ebenso über die richtige Gestaltung eines Geheges. Für Nationalrätin Gal-

ladé ist dies eine Selbstverständlichkeit: «Die Tierhalter müssen ihre Verantwortung wahrnehmen.» Damit sind nicht nur die Züchter gemeint. In den Schweizer Haushalten leben 200 000 bis 300 000 Hauskaninchen, gemäss Umfrage lebt jedes fünfte allein. So auch das Kaninchen von Ex-Miss-Schweiz Kerstin Cook, die kurz nach ihrer Krönung dafür harsche Kritik einstecken musste.

Etwas Illegales tat Cook allerdings nicht. Das Tierschutzgesetz sieht seit 2008 zwar ein Einzelhaltungsverbot für sozial lebende Tierarten vor, zum Beispiel für Rinder, Geflügel und Mäuse. Bei den Hauskaninchen hatte das Parlament aber eine Ausnahme gemacht, ausgenommen sind Jungtiere bis zu acht Wochen. SVP-Nationalrat Lukas Reimann wollte dies 2009 ändern. Seine Motion zog er jedoch zurück – auf Druck der Züchter, die in Bern eine starke Lobby hätten, wie es in Tierschützerkreisen heisst. Reimann sagte damals, die Züchter hätten «ihn eines Besseren belehrt».

Nun startet Nationalrätin Galladé einen neuen Anlauf. Ihre parlamentarische Initiative wird heute in der nationalen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur behandelt. Galladé ist zuversichtlich, weil seit den letzten Wahlen Tierschutzanliegen im Parlament «bessere Chancen» hätten. Doch bereits formiert sich Widerstand. Christian Wasserfallen (FDP, BE) kritisiert, im Tierschutz würden vermehrt Einzelverbote für einzelne Arten ausgesprochen, wie beim Wal- und Delfinverbot. «Das ist der falsche Weg.»

# Laute Güterwaggons ab 2020 verboten

Gut 1,85 Milliarden Franken hat das Parlament einst für die Reduktion von Eisenbahnlärm gesprochen. Eine halbe Milliarde davon ist noch nicht gebraucht. Gestern hat der Bundesrat eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt, die aufzeigt, wie das restliche Geld eingesetzt werden soll. Demnach sind noch Massnahmen für 167 Millionen Franken vorgesehen. Den Rest des Kredits will der Bundesrat nicht ausschöpfen.

Konkret sollen 76 Millionen für lärm-mindernde Massnahmen an den Schienen, 51 Millionen für Lärmschutzwände und Brückensanierungen und 40 Millionen für die Entwicklung von leiserem Rollmaterial verwendet werden. Am meisten Wirkung erhofft sich der Bundesrat aber vom Verbot von lauten Grauguss-Sohlen-Bremsen an Güterwaggons ab 2020. Die meisten Schweizer Waggons sind bereits heute mit neuen, bis zu zehn Dezibel leiseren Bremsen ausgerüstet. Das Verbot betrifft also primär ausländische Transportunternehmen.

Verworfen wurde hingegen die Idee, die der Direktor des Bundesamts für Verkehr, Peter Füglistaler, vor einem halben Jahr in Deutschland lanciert hatte. Damals kündigte er ein «Umrüstprogramm» an, das auch ausländische Wagenhalter beim Austausch der Bremsen finanziell unterstützt hätte. Nun setze man darauf, dass der Lärmbonus bei den Trassenpreisen und das künftige Verbot Anreiz genug für die Sanierung der Wagen seien, sagte ein BAV-Sprecher gestern. (bro)